

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

60. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 36 Mark, monatlich 12 Mark einschließlich der Postgebühren. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Leipzig, den 26. Oktober 1922

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- u. Todesanzeigen 7,50 M. die fünfgehaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamen zu einem 30 M. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 125

**Neubestellungen** auf das Verbandsorgan sind zu jedem Monatsersten zulässig. Bezugspreis 12 M. monatlich, 24 M. zweimonatlich, 36 M. vierteljährlich; für Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker Ermäßigung bzw. Rückvergütung von 10 Mark für jeden Monat.

### Generalversammlungsreferat

Das Protokoll der ersten Generalversammlung unserer Organisation wird also demnächst in die Hände der Mitglieder gelangen. Allerdings, sofern sie es bestellt haben, was hoffentlich von recht vielen geschieht ist, da der Preis vom Verbandsvorstande geringste Bemessung erfahren hat. Die Verichterstattung durch den „Korr.“ hat sich zwar wieder durch größte Schnelligkeit und Ausführlichkeit auszeichnet, aber das stenographische Protokoll ist doch in den unentbehrlich, der im Verband alles auf das genaueste verfolgt. Jedenfalls durch die sich immer enger aneinanderreihenden Beratungen über die Lohnanpassung und die damit verbundene Abschmähung der Verammlungen für andre Fragen und Angelegenheiten (mit der Diskussion im „Korr.“ ist es auch nicht anders) ist die Leipziger Generalversammlung in der Beurteilung der Kollegen wohl zu kurz gekommen. Die wirklich darüber gehaltenen Referate wurden meistens den über Lohnverhandlungen angehängt. Auch im Verbandsorgane hat sich außer der Redaktion direkt niemand dazu zum Worte gemeldet. Also: Wieviel Interesse in allen Präzedenzfällen und materialien Punkten? Dahinter wären wohl gleich drei Fragezeichen zu setzen.

Am die mit Nürnberg begonnene, mit Leipzig fortgesetzte Zweipfältigkeit nicht auch auf den Hamburger Verbandstag übertragen zu haben, vielmehr nach Möglichkeit ein andres Bild vorzubereiten, will ich als Provinzdelegierter auf einige prinzipielle Momente hier eingehen. Es soll das auch ein gewisser Kommentar zum Studium des Protokolls an die Hand geben.

Dah wir es in Nürnberg wie in Leipzig mit einer von der Parteiführung diktierten und von den einzelnen politischen Auffassungen auch dirigierten Opposition zu tun hatten, ist nicht das Wesentliche, weil damit ja zu rechnen war. Aber ihr Vordringen beide Male, wodurch die Provinzdelegierten im besondern entscheidend zu kurz kamen, und die Ausdehnung der Debatten demnach, das gegen den Schluss der Tagung alles im Galopp erledigt werden mußte, das war etwas, was sich nicht mehr wiederholen darf. Den Jahren nach, die beide Oppositionen aufwiesen, wie dem gewerkschaftlichen Werte der gehaltenen Reden nach stand der Aufmarsch der Opposition in einem unerkennbaren Mißverhältnis zu dem Gesamtbilde speziell der Leipziger Generalversammlung. Das wird sich beim Lesen des Protokolls ohne weiteres ergeben. Während auf andern Verbandstagen die allgemeinen Schmerzen ebenfalls in eine Kritik an der Tätigkeit der Verbandsleitung eingeschleift werden, ist es dort überwiegend damit abgetan. Bei uns aber brachte die scharfe Opposition ein Mißtrauensvotum gegen den Verbandsvorstand ein, während die größere, gemäßigtere Opposition sich von dem Vertrauensvotum für die Verbandsleitung ausschloß, so daß sich 45 Gegenstimmen ergaben. Trotzdem schickten beim Schluß die Gemäßigten ihren Führer vor und ließen durch ihn die beiden Verbandsvorständen zur Wiederwahl vorschlagen, da sie ihre Schuldigkeit getan hätten; zuvor hatte man schon erklärt, Leute der eignen Richtung würden auch nicht mehr erreicht haben, wenn sie den Verband jetzt steuern müßten.

Bei der Wahl der Redaktion wurden verabschiedungsgemäß aber zwei Gegenkandidaten aufgestellt. Die dafür vorgebrachten Gründe waren lächerlich gegenüber Personen, die wohl ein Duzend und mehr als anderthalb Duzend Jahre ihre Polen bekleiden, wie man mit untrer Redaktion überhaupt zufrieden sein sollte, denn sie ist wahrlich nicht zu beneiden in so von Unzufriedenheit erfüllter Zeit. War es bei der Wahl der Vorliegenden mehr ein ehlantler Widerspruch mit sich selbst, so zeigte sich bei den Vorschlägen zur Redaktion eine bedenkliche Zweipfältigkeit. Beide Gegenkandidaten hatten sich nämlich an den vorhergehenden Tagen aus ideellen wie aus materiellen Gründen offen als Gegner der Zeitgemeinschaft bekannt. Diese war aber inzwischen von neuem durch die Generalversammlung inkonkret worden! Die Redaktion des „Korr.“ hat danach zu handeln. Wie

würden die beiden, einmal ihre Wahl angenommen, da mit ihrem Standpunkt in der Praxis wohl fertig geworden sein?

Der Klassenkampfstandpunkt als der Inbegriff eines neuen Kurses im Verbands, wie von dem prominentesten Führer der Opposition schließlich das Bekenntnis herauskam — so einfach hatte sich die große Mehrheit der Generalversammlung die Lösung des Oppositionsrätsels freilich nicht vorgestellt. Die Enttäuschung war deshalb allgemein. Da jetzt nun die beiden sozialdemokratischen Parteien Gott sei Dank wieder vereint sind, darf wohl daran erinnert werden, wie vielen grundsätzlichen Irrtümern die USG, während ihres Bestehens unterworfen gewesen ist und wie viel Schwankungen sie insofern vorgenommen hat, um zum guten Schluß doch wieder zur Mutterpartei zu stoßen. Die gemäßigtere Opposition hat sich in Leipzig ausdrücklich zur Richtung der USG bekannt. Wird sie bis Hamburg die Nutzenwendung von den Parteitag in Augsburg, Gera und Nürnberg gezogen haben?

Es hat sich eben in Nürnberg und in Leipzig bei uns manches anders abgepielt als auf sonstigen Verbandstagen. Ich war nicht nach Nürnberg delegiert, will also darüber hier nichts weiter sagen, aber in Leipzig ist auch den Delegierten mit einfachem Provinzverstand so manches auf die Nerven gefallen. Dafür noch einige Punkte. Die Opposition gibt zwei eigne Blätter heraus. Das der gemäßigten Richtung keine ich nicht näher, von dem der radikalen habe ich einige Nummern gelesen. Oppositionsblätter sind nicht im Salontone gehalten, der organisatorischen Wichtigkeit haben sie gar keinen Fall, als nur einige Delegationen in einer Resolution ausforderten, mit dieser Art von Sonderbündler Schutz zu machen, was anderswo jedenfalls nicht erst vor eine Generalversammlung gebracht zu werden pflegt, da gab es eine Entrüstung, als ob eine Majestätsbeleidigung an der Opposition begangen werden sollte. Die konziliante Leipziger Generalversammlung ist es also beim allen. (Nach einer uns loben gewordenen Mitteilung ist „Die Opposition“, das Organ der Richtung Fiedler, jetzt eingegangen, aber nicht der besseren Erkenntnis weichen, sondern lediglich „den wirtschaftlichen Verhältnissen erlegen.“) Red.) Gleichfalls verwunderlich war die von einzelnen Delegierten unermessene Reinwaschung des bekannten Wortmann in Eberfeld, obwohl dieser regame Putschist im „Korr.“ mit seinen gewerkschaftlichen Tugenden bereits eine schlimme Bezeichnung erfahren hatte. Vor kurzem konnte man nun in dem Bericht über den rheinisch-westfälischen Gattung lesen, daß dieser Mann endlich auch in Eberfeld erkannt worden war und ohne viel Umstände aus dem Verbands hinausgedrückt wurde. Von gewerkschaftlicher Abklärung ist bei solchen Delegierten wirklich nicht zu sprechen. Eine Unbegreiflichkeit ist mir heute noch die Geschichte mit der Pensionskasse für untre Verbandsangehörige. Seit 1905 ist die Verbandsleitung gebrängt worden von den Generalversammlungen, in dieser Beziehung etwas zu schaffen. Der Verband sowohl wie verschiedene Gauen unterließen auch schon einige Amtsinvalden nach jahrzehntelanger Arbeit für die Organisation. Eine Reihe anderer Organisationen ist inzwischen zur Errichtung solcher Kassen übergegangen, zu denen von den Angestellten nicht einmal immer Beiträge gezahlt werden, während die unfrigen sich damit erheblich belasten sollten. Die Nürnberger Generalversammlung hatte den Verbandsvorstand beauftragt, nun endlich in dieser Sache einen Entwurf vorzulegen. Das geschah unter Einbeziehung der ehrenamtlich tätigen Funktionäre. In Leipzig aber bereitete ein Berliner Delegierter in guter Absicht, aber in falscher Erwartung eine Diskussion nach dem Referat. Die Abstimmung ergab Ablehnung, weil eine beträchtliche Zahl von Angestellten sich der Stimme enthielt — als ob im Reichstag, in den Landtagen und auf Generalversammlungen die Abgeordneten nicht über ihre Mägen abstimmen würden, weil eine eigne Angelegenheit vorliegt! — und mit einigen deplacierten Redereien war die Sache dann schnell begraben. Das hätte nach dieser Vorgeschichte keine zweite gewerkschaftliche Generalversammlung fertiggebracht. Der vorhandene Zweifelsfall, daß Pensionen durch rechtmäßigen Beschluß bereits gewährt werden, daß daraufhin andre, in gleiche Lage kommende Organisationsfunktionäre nicht abgewiesen werden können, eine Vertiefung auf den Gewerkschaftsband aber zwecklos ist, erfordert auf dem Hamburger Verbandstag eine Wiedergutmachung.

Ein Generalversammlungsreferat von Leipzig soll nun jetzt aufgearbeitet werden; die Abstimmung über den Grupplichen Industriereverband ist bekanntlich für Mitte No-

vember ausgeschrieben. Wenn in Leipzig der Frankfurter Offenbacher Antrag abgelehnt worden wäre, würde es besser gewesen sein. Trotz der trefflichen Reden, die zu dieser Materie zu hören waren, ist es anders gekommen. Wie ich aus unserm Nachbargau erfahren habe, werden dort jetzt auswärtige Referenten, die auf Seiten der Opposition stehen, in Verammlungen auftreten und für den Industriereverband Propaganda machen. Es wäre viel richtiger, nicht auch diese Gelegenheit zu einer Sache der Opposition zu stempeln, wie es eben so falsch ist, diejenigen Kollegenkreise, die für ein solches Überspringen der naturgemäßen Entwicklungstufen nicht zu haben sind, mit dem Ratel des Berufsverbands zu belegen. Das man damit nur schiel fährt, ist wohl aus Nr. 96 des „Korr.“ erkennbar geworden. Dort läßt sich der radikale Kollege Kolke aus Berlin mit einer ganzen Reihe von Bedenken vernehmen, während der gemäßigtere Leipziger Kollege Stütz den Gruppischen Industriereverband als den größten Vernunftschluß feiert, dabei aber mit vielen oberflächlichen Argumenten arbeitet. Wäre es richtig, daß die technische Entwicklung, die Kapitalkonzentration und der organisatorische Zusammenfluß dazu drängen, dann müßte in der graphischen Gewerbe auf Unternehmensebene sich doch ein ganz andres Bild ergeben. Nach meiner bescheidenen Kenntnis der Dinge ist aber geradezu eine Menge von wirtschaftlichen Organisationen und reinen Arbeitgeberverbänden vorhanden; man kann sogar die Ausdehnung separattlicher Bestrebungen (Provinzvereinigungen mit dem Eick Weimar) wahrnehmen, und man weiß auch, daß eine respektable Anzahl von Prinzipalen weder vom Deutschen Buchdruckerereiche nach von Weimar etwas wissen will. Bei den Unternehmern der Buchbinder und der Steindruckerei ist die gewerkschaftliche und organisatorische Mannigfaltigkeit noch demnach groß, das getrennte Lohnverhandlungen stattfinden. Unser Verbandsorgan hat meines Erinnerns Mitte vorigen Jahres eine Zusammenstellung der Unternehmerorganisationen im graphischen Gewerbe gebracht, die erlauten machte. Wir wissen ja auch noch, daß der von unserer Nürnberger Generalversammlung beantragte und entworfene Manifest für das graphische Gewerbe gerade an dem Widerstande der Unternehmer im Buchbinder- und im Steindruckgewerbe scheiterte. So viel ist aber doch richtig, daß diese Unternehmergruppen sich schnell zusammenfinden würden, wenn es für sie von größerem Vorteil wäre; sie fahren aber gewiß bei der Spezialisierung besser als bei der uniform gestalteten Einheitsorganisation, an der sie nicht einmal die wahrscheinlich billiger werdenden Verwaltungskosten loden. Die Zusammenfassung des Buchdruckerwerkes ist ja aus der Berufsgewerkschaftsstatistik im „Korr.“ bekannt; die Zahl der größeren und der Großbetriebe ist gering (wenn auch die Beschäftigten hauptsächlich darin tätig sind) und in den Jahren 1913, 1919 und 1920 konstant geblieben. Es sind gewiß einige sehr große Betriebe vorhanden, die sind aber schon älteren Datums. Die Zahl der gemäßigten Betriebe ist nach dem neuen Adrebbuche von Klisch seit zehn Jahren sogar zurückgegangen. Die Kapitalkonzentration in der Form von Erstgebung immer mehr größerer vielfeltiger Betriebe ist bei uns also in der Hauptsache Einbildung. Ich halte aber den Buchbinderverband schon für einen ausgesprochenen Industriereverband; ein Merkmal dafür ist auch das starke Überwiegen der weiblichen Mitglieder. Der Lithographen- und Steindruckerverband ist klein, zählt jedoch eine ganze Anzahl von Einzelbetrieben. Die Lithographenorganisation steht uns am nächsten; fellamerweise ist sie aber meistens gegen jegliche Unterstützung in der Richtung Industriereverband. Der Leipziger Gewerkschaftskongress hat mit Annahme der Resolution Abkamm, die den Ludwig zum Industriereverband beschleß, nur eine schwierige Situation geschaffen. Große Organisationen wie der Fabrikarbeiterverband und der Zimmererverband erklärten kategorisch, auf keinen Fall würden sie sich einem Zwang über die Organisationsform fügen; eine Anzahl kleinerer Verbände gab ähnliche Erklärungen ab, andre beschloßen mehr aus Ertzengenden die Verschmelzung. Die letzte Ausschließung des Gewerkschaftsbundes hat jedoch für eine Vertagung bis zum nächsten Kongress einen Ausweg gefunden. Warum müßten die Lithographen und Steindruckerei wie die Buchbinder sich die Anruf Abkamm zum Vorspann nehmen? Bei den Buchdruckern haben sie so nur angeed. In einer Zeit, wo sowieso schon alles im Wanken ist, noch solche Experimente wagen, das nennt man doch zuviel verlangt. Die Buchdrucker hängen oben: an dem demokratischeren System des Föderalismus, und das auch ganz radikale Kollegen; darin behundet sich schon

ein Gefühl der Selbstständigkeit, das man nicht verleihen darf. Wenn es in Österreich und in der Schweiz mit der Vereinigung in der Form eines Graphischen Bundes geht, wo es doch die Sicherheit der Verhältnisse viel eher zum Industriestruktur als in anderen Ländern war, warum soll das nicht auch in Deutschland bei gutem Willen alleseitig gehen? Für unsere graphischen Gewerbe ist ja der Industriebegriff noch gar nicht gegeben.

Die letzte der Generalversammlung hat also ihre großen Schwächen gehabt. Der Vektor des stenographischen Protokolls wird die Lichtpunkte, die vor allem bei unserer gewöhnlichen Verhandlung liegen, um so eher finden. Wer den Versuch an der Hand, einmündel über alles stellt und jeden Sonderweg als richtiger Gewerkschaftler verschmäht, muß mit mir wünschen und erwarten, daß mit den Generalversammlungen von Leipzig außerdem wird bis zum nächsten Verbandsstag. Das kann einseitig durch größere gewerkschaftliche Vertiefung in unserer Organisation und durch vernünftigeren Erlassung der Dinge von Seiten der Opposition geschehen. Ich trete für volle Meinungsfreiheit ein, die oft gerade bei den radikalsten Gruppen wenig Geltung hat, aber die Opposition als Ding an sich anzusehen, das ist mir nicht gegeben. Man kann manchmal streiten in diesem Fall oder in jener Frage und sogar darüber sich verfeinden. Eine grundsätzliche Opposition in einer Gewerkschaft, also eine immer obstruktionistische Minderheit, ist jedoch ein Übel. Unter Berufs-, Gewerkschafts- und Klassenverhältnissen kann es logisch so etwas nicht geben, das ist nur bei dem Kampfe von Klasse gegen Klasse üblich und verständlich. Das Verbot von der Notwendigkeit einer Opposition im Verband ist daher unlogisch. Die Mission des Vorwärtstreibens, auf die sich die Opposition und die halb und halb-Beute gern berufen, ist nur etwas Vorgeführtes. Vorwärtstreibende Mitglieder hat es immer in unserer Organisation gegeben. Es ist so besser gegangen als mit den „naturnotwendigen“ Oppositionen, die Zerfahrenheit, Zerlegung und oft genug im Laufe der Zeit auch Rückschläge gebracht haben. Abzulegen, wie lange hat denn eine Oppositionsperiode immer vorgehalten? Sind die Oppositionsmänner von 1896, sofern sie noch leben, nicht fast ausschließlich jetzt da zu finden, wo die Opposition von heute nicht ist?

Ich habe jede persönliche Schwärze vermieden, will nur, daß unsere Verbände wieder auf ein höheres gewerkschaftliches Niveau kommen und daß nicht gar zu viel Geld durch überflüssiges Verdrängen fließt. Ich wünsche sehr, daß die Weiterentwicklung der sozialdemokratischen Parteien auch bei uns die Weiterentwicklung zu zusammenführt, wie es zu einer noch besseren organisatorischen Entfaltung notwendig ist. Gegen unverbesserliche Doktrinen aber gibt es Mittel bei der Kandidatenausstellung und Wahl wie auf der Generalversammlung selbst. Die Duldsamkeit übertrieben, ist ein Zeichen eigener Schwäche.

Ein Provinzdelegierter.

**Nachschrift:** Mein Artikel stand in Leipzig schon Schlang, als mir der Artikel des Kollegen Börsband über die „Stilleschauer“ zu Gesicht kam. Der „gemachte“ Graphische Industrieverband erscheint mir eine zureichende Charakterisierung für die Krampfmethode zu sein, wie das ganze graphische Volk mit einem Schlage zu einer organisatorischen Einheit „verwachsen“ soll. D. O.

## Nochmals: Die kollegialen Verhältnisse in der Reichsdruckerei

In Nr. 66 und 107 gab die Redaktion zwei Zuschriften Raum, die im Kern ihres Inhalts den Zweck verfolgten, den Buchdruckerbeihilfen der Reichsdruckerei „eine anzubauen“ bzw. sie zu belehren, daß sie mehr Kollegialität pflegen sollen. Der Verfasser der ersten Zuschrift benutzt die sehr harmlose Tatsache einer bedauerlichen geringen Beteiligung an einem 50-jährigen Berufs-Jubiläum zu seiner Ermahnung. Der Verfasser der zweiten Zuschrift ist etwas kühner und setzt in das Reich der kleinen menschlichen Gegenstände. Mir ihm habet wir Buchdruckerbeihilfen der Reichsdruckerei zu reden.

Als sogenannter Gehobener stellt der Kollege fest, „daß nirgends die Kollegialität mehr untergraben wird als im großen Stille der Reichsdruckerei“. Doch bleibt er den Beweis für diese Behauptung schuldig. Oder soll das Beweis sein, daß „die urteillose Masse ihn nicht mehr als richtigen Kollegen ansieht“? In der Folge benutzt dann O. M. U. (Berlin-Schöneberg) kleine persönliche Mängel und Redereien, wie sie eben in einem großen Menschenleben alljährlich vorkommen, als Maßstab für die Beurteilung des kollegialen Zusammenlebens. Seine Kritik geht aber falsche Wege und riecht sehr nach Egoismus einer kleinen Berufsgruppe.

Gegenüber zwischen monatlich (Angestellten) und wöchentlich entlohnten Kollegen sind aus verschiedenen Gründen entstanden. Gegenüber dem Berliner Malterbeihilfe sowie gegenüber dem Stillebeihilfe im Juli haben die angestellten Kollegen eine besondere Stellung eingenommen, die von der Haltung der übrigen Kollegen abweichend war. Daß dadurch heftige Worte und harte Urteile gegenseitig gebraucht wurden, wird verständlich sein. Aber wer trägt die Schuld? Die Kollegen in „gehobener“ Stellung mit entsprechenden Anschauungen oder die große Zahl der Kollegen, die alle Berliner Beihilfe solidarisch durchzuführen?

Singu kommt, daß unter den angestellten Kollegen das Streben vorhanden ist, ihre Organisation zu verlassen und dem Werkmesserverband beizutreten, trotzdem unter ihrer Statut dazu keine Berechtigung anerkannt, da Annahme einer leitenden oder anderen Stellung in Buchdruckerbetrieben nicht als Berufsveränderung gilt. Diese

Organisationsveränderung entzweigt die Kollegen am stärksten; um so mehr, als manchmal Beitragshöhe und Organisationsdifferenzen die eigentlichen Ursachen der Abstritte sind.

Die Vorwürfe gegen den Betriebsrat der Reichsdruckerei, daß er nicht auf die Kollegen, die ihre Beschäftigung (Meisterprüfung) nachweisen, Rücksicht nimmt, sind vollkommen unberechtigt. Beförderung erfolgt nach dem Wunsch aller Beschäftigten nach Dienstalter und Beschäftigung. Und wenn der Kollege entrüstet die Verspottung feststellt, die durch die geschützten Gegenstände entsteht, so kann ich nur bestätigen, daß das Misstrauen gegen die, die unsere Organisation verlassen haben, um im Werkmesserverband bessere Kollegialität zu pflegen, stark gemacht ist.

Treue zur Organisation und Respektierung der Beschäftigten (auch der Ortsbeihilfe) sind die Vorbedingungen für die Pflege echter Kollegialität. Auf dieser Grundlage, verehrte Herren Kollegen der Angestelltenpartei, können wir uns wieder finden.

Berlin.

Artur Pechold.

Ein eigenständiges Gefühl beschleicht mich jedesmal, wenn ich die „Mitteilungen“ des Gewerkschafts Berlin erhalte und unter der Rubrik „Bewegungssatellit“ als „Ausgetreten“ oftmals Namen von Kollegen in der Reichsdruckerei lese, die früher so wacker zur Verbandsbahn gehalten haben und nun noch manchmal langer Mitgliedschaft dem Verbande den Rücken kehren und erworbene Rechte aufgeben. Einige erklären ihren Austritt sogar wegen „Berufsveränderung“, obwohl sie als „Gehobene“ doch weiter im Buchdruckgewerbe tätig sind. Andre traten aus, weil ihnen der Verband „nicht politisch genug“ sei und folgen nun den Reden von Phantasten oder Verneinern. Es begründet aber auch wiederum solche Kollegen ihren Austritt damit, daß der Beitrag zu hoch sei, ohne dabei zu bedenken, daß Lohn und Beitrag doch der herrschenden Valuta angepaßt und auch die Leistungen des Verbandes danach eingestuft sind. Verschiedene dieser Ausgetretenen nehmen auch — nach „Sprengungen“ — an, daß der Verband die Kollegen der Reichsdruckerei als Mitglieder zweiter Klasse betrachte und erworbene Rechte — speziell, was die Invalidität betrifft — kürze. Wo bleibt da die Überlegung?

Es ist leider ein bedauerliches Zeichen unserer Zeit, daß gerade unsere jungen Kollegen ihre Beschäftigung im „Sitztempo“, ohne reifliche Überlegung, lassen, daß das Vertrauen zu den selbstgewählten erprobten Führern im Schwanden ist. Andere Kollegen, denen man Erfahrung und Überlegung zutrauen müßte, lassen sich oftmals durch solche Falscheit mit hinüberziehen. Kam doch neuerdings ein Kollege zu mir, der in solch überreifer Weise, nach langer Verbandsmitgliedschaft, seinen Austritt erklärt hatte und seine Humbelt nun einladet. Die Reue kam und kommt gewöhnlich zu spät.

Ich kann mir vorerstrebten Graphischen Industrieverband oder dem Werkmesserverbande — zu welchem letzterem bereits einige Kollegen der Reichsdruckerei übergetreten sind — nach reiflicher Überlegung für uns Buchdrucker nichts versprechen. Auch davon verspreche ich mir nichts, die Politik in unserm Verbande mit zur Geltung zu bringen. Es kann doch nur das eine geben: Gewerkschaft oder Politik!

Für mich ist es stets ein erhebendes Gefühl, als Verbandsmitglied zur eigenen Sicherheit und der meiner Kollegen beizustehen. Wer die Landfrage entlang getrippelt, wer konditionlos gewesen, für bessere Lohnverhältnisse eingetreten ist, der wird sicher begreifen, wofür der Verband da ist, was er bewegt und was er selten kann bei Einknicken. Gibt es denn in der Tat eine andere Vereinigung — politisch oder gewerkschaftlich —, die überhaupt in ideeller Beziehung zu unserm Buchdruckerverband herantreten?

Deshalb Kollegen: mehr Überlegung!

Berlin-Reuköln.

D. Müller.

Ermarkung der Redaktion: Wir bitten freundlich, weitere Einforderungen in Bezug auf die kollegialen Verhältnisse in der Reichsdruckerei zu unterlassen, da Aufnahme nach den verschiedenen Artikeln darüber nicht mehr stattfinden würde.

## Das Buchgewerbe im Ausland

Ungarn. Wie wir in unserm letzten Berichte mitteilten, wurden in Ungarn zwischen Prinzipalen und Beihilfen an der Vereinbarung, die die Lohnzulagen auf Grund des Index regelt, gewisse Änderungen vorgenommen. So wurde statt der dreimonatigen eine einmonatige Fälligkeit festgesetzt. Nun gelang es, daß sofort nach der ersten Auszahlung der im September fällig gewordenen Zulage der Prinzipalverein für das ganze Land die auf dem Index beruhende Lohnvereinbarung kündigte, und zwar auf einen Monat. Die Folge hiervon war, daß am 21. Oktober die letzte Lohnzulage, mit der das niedrigste Minimum für Arbeiter auf 5059 Kr., das höchste auf 6101 Kr. (Stg. 25.5 Proz.), auf Grund des Index zur Auszahlung gelangte. Die von den Prinzipalen gewährte Entschädigung für den Entzug der Proimarken (340 Kr. pro Woche), wodurch die Arbeiter das Mehl und Brot leichter bezahlen müssen, wird durch die Kündigung nicht berührt. Die Kündigung selbst hat die Buchdruckerarbeiter etwas bekümmert, aber nicht aus der Haltung gebracht. Sie sind jedenfalls überglücklich davon, daß die Lohnzulage auch im November nicht ausbleiben kann, wenn die Steuerung, wie bisher, fortgeschreitet. Das wissen auch die Prinzipale. Ob es von

ihnen daher klug war, die vor einem Jahre von ihnen selbst propozitierte Grundlage, die den Frieden im Gewerbe sicherte, zu ändern, das bleibt noch abzuwarten. Die Herren begründen ihr Vorgehen, das man beim besten Willen nicht als loyal gelten lassen kann, damit, daß sie nebst der schmerzigen Lage des Buchdruckergewerbes auch dem Druck, der von außen, insbesondere von dem Bunde der Fabrikindustriellen und den Arbeitergebern der Schwerindustrie, kam, nachgeben mußten, als sie sich entschlossen, dem Index die Grundschuld zu kündigen.

Am 15. Oktober hatte der Unterhaltungsverein der Buchdrucker und Schriftsetzer Ungarns einen Freudenstag; das Jubiläum seines sechzigjährigen Bestandes. Der Prachtsaal der hauptstädtlichen Rebeule, wo die Festveranstaltung stattfand, war aus diesem Anlasse bis auf das letzte Plätzchen dicht besetzt. Den Vorsitz führte Kollege Rothstein, der auch die Festrede hielt, in der er u. a. darauf hinwies, wie recht Johann Jacob hatte, als er einst sagte: Die Gründung des kleinsten Arbeitervereins hat größere Bedeutung, als die Schöpfung von Sadoma. Der Weltkrieg vernichtete Kultur und Zivilisation, der von unsern wackeren Vorvätern, 298 an der Zahl, ins Leben gerufenen Verein hat Millionen, die die Arbeiter sich vom Munde erparien, für Kranke, Arbeitslose, Invaliden, Witwen und Waisen geopfert, um die Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung hilfslos zu beizustehen. Die von den gründenden Mitgliedern noch am Leben befindlichen zwei Veteranen der Arbeit, Jakob Verb und Adolf Novotny, wurden vom Vorsitzenden besonders geehrt. Das Internationale Sekretariat hatte kein Fernbleiben mit der Krankheit des Sekretärs, die Bruderverbände Deutschlands, Österreichs, der Schweiz, Jugoslawiens und der Tschechoslowakei mit der Überbürdung durch wichtige Arbeiten entschuldigend. Die Feste stellte sich zu einem Feste der Gesamtarbeiterschaft, denn es waren die Vertreter fast aller Gewerkschaften anwesend, die so Zeugen sein konnten an dem Jubiläum der ungarischen Buchdruckerkollektivität. Die Vertreter des Gewerkschaftsrats, der Sozialdemokratischen Partei und der Vertreter des Prinzipalvereins verließen durch ihre Begrüßungsansprachen dem Feste eine besondere Wärme. Am Abend gab es einen Stommers, zu dessen Willigen der Gesangschor sein Bestes bot.

Die gegenwärtige Konjunktur im ungarischen Buchdruckergewerbe wird gekennzeichnet durch die Tatsache, daß 800 Arbeitslose vorhanden sind, weshalb es notwendig wurde, den Beitrag, der erst kürzlich von 20 auf 70 Kr. erhöht wurde, ab 7. Oktober von 70 auf 160 Kr. pro Woche zu erhöhen. Für Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen auf 110 Kr.

Bulgarien. Über das Internationale Buchdruckersekretariat in Bern erhielten wir einen Bericht von einer öffentlichen Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der graphischen Anstalten in Sofia. In dieser von der Sektion Sofia des Bulgarischen Buchdruckerarbeiterverbandes einberufenen Versammlung sprachen Simler Pulgeroff, der zwölf Jahre ununterbrochen in Moskau gewohnt hat und vor einem Monat erst von dort zurückgekehrt ist, sowie Verbandssekretär Origor Danoff über das Thema: „Die russischen Arbeiter unter bolschewistischem Regime“. Es gelangte eine Resolution zur Annahme, in der u. a. starker Protest erhoben wird gegen die heutzutage russischen Rußlands — die Bolschewiken, die in ihrer blinden Bestrebung, die Macht für sich zu erhalten, sich des Terrors, der Gewalttaten und der Mordereien gegenüber dem intelligenten Teile des russischen Volkes und ganz besonders gegenüber den freien Arbeiterverbänden bedienen, welche Verbände ihre Unabhängigkeit aufrechterhalten wollen, um die Interessen der Arbeiter gegen die Ausbeutung der Sowjetkultus und des Privatkapitalismus zu wahren. Protestiert wird weiter gegen die Vernichtung der Presse, Versammlungs- und Wahlfreiheit, gegen die drakonischen Beschränkungsmaßnahmen, die den wachen Teil des russischen Volkes und die Arbeiterchaft in die Unmöglichkeit verleben, ihr Wort auszusprechen und ihre Kritik über die Sowjetregierung der bürokratischen Intelligenz auszuüben. Die gewalttätige Ausübung des Moskauer Buchdruckerverbandes, die Mahregung seiner Mitglieder und die Verschaltung und Verurteilung seines Vorstandes wurde entschieden verurteilt und die Versammlung schloß sich dem Protest des Internationalen Buchdruckersekretariats an, anlässlich der Gewalttaten gegenüber den Moskauer Buchdruckerarbeitern und ihren Führern, und forderte die unverzügliche Freilassung aller verurteilten Vertrauensleute des von der bolschewistischen Macht gewalttätig aufgelösten Moskauer Buchdruckerverbandes. Die Versammlung drückte warme Sympathie und brüderliches Mitgefühl der Sowjetgraphischen Arbeiter und Arbeiterinnen aus den opferwilligen Kämpfern zur Verleibung der Freiheit und des kampfesüchtigen Charakters des Moskauer Buchdruckerverbandes sowie allen Kämpfern um das Befreiungswort des russischen Volkes, das getrieben unter dem Stile des Zarismus ist und heute noch unter der Äußerung der bolschewistischen Ausnahmekommissionen (die sogenannten Tschrowskischtschaki) ächzt. Sie forderte schließlich die unorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen der graphischen Industrie in Bulgarien auf, sich unter das Banner des Bulgarischen Buchdruckerarbeiterverbandes zusammenzuschließen, der, zusammen mit dem Internationalen Buchdruckersekretariat in Bern und dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam, um die wahre Befreiung der Arbeiterklasse und der geknechteten Menschheit aus den Fesseln der kapitalistischen Ausbeutung und um die Rettung von den Tyrannen aller Farben kämpft.

Dänemark. Der Kopenhagener Buchdruckerverein (Prinzipalvereinigung) beschloß auf Vorschlag seines Vorstandes nach längerer Beratung mit 166 gegen

22 Stimmen, den Preisfall als obligatorische Grundlage für die Verkaufspreise des Buchdruckgewerbes aufzuheben, da er von vielen umgangen wird und somit demoralisierend wirkt. Vorher schon waren viele Mitglieder ausgetreten und gründeten eine „Buchdruckerinnung“ mit eigenem Organ, dem Blatte „Bogtrykkeren“. Sie hielt außerhalb des Arbeitgebervereins und hat etwa 50 Mitglieder.

**Norwegen.** Das Landessekretariat der Gewerkschaften hat den Austritt aus der Arbeiterdamer Internationalen beschlossen, nachdem sich die weltweite Verbände dafür ausgesprochen haben. Die Buchdrucker und Lithographen waren dagegen. Aber die Frage des Anschlusses an die Moskauer Internationalen wird der nächsten Jahreskongress zu beschließen haben. — In Arbeitgebersicht macht man Stimmung für eine neue Lohnberatung, da die Preise für die wichtigsten Lebensbedürfnisse seit 1. April d. J. ein wenig heruntergegangen sind. Was es jedoch fraglich ist, ob der Oktoberindex die erforderlichen 6 Proz. ausweisen wird, dürfte die Bemühungen ohne Erfolg bleiben. Bekanntlich wurden die Löhne im Frühjahr durch öffentlichen Urteil (Schiedsgericht) festgelegt, mit eventuell weiterer Reduktion im Oktober bei genügendem Preisfall.

**Großbritannien.** Nach dem großen Streik im Buchdruckgewerbe der englischen Provinz hat sich nun auch die Londoner Kollegenschaft gezwungen, gegen eine einschneidende Lohnberatung anzukämpfen. Die Londoner Buchdruckerbesteller mußten der Gehilfenschaft vor kurzem eine Lohnberatung von 12 Schill. 6 Pence wöchentlich zu, also die gleiche Lohnberatung, gegen die sich die Provinzgehilfenschaft so tapfer gewehrt hatte. Auch die Londoner Kollegen lehnten der Zustimmung einer derartigen Herabsetzung ihrer Löhne energischen Widerstand entgegen, und es schien während einiger Zeit, als ob ein allgemeiner Streik in der Hauptstadt ausbrechen würde. Das wurde indes in letzter Stunde verhindert durch Anknüpfung neuer Verhandlungen zwischen Prinzipalen und Gehilfen. Nach langwierigen Erörterungen kam es zum Abschluß eines Kompromisses, für dessen Annahme bei den Gehilfen die einzeln die Leitung der Londoner Sehergesellschaft versprach. Aber die Dinge gingen nicht nach Wunsch der Organisationsleitung, denn bei einer Urabstimmung der Gehilfen über den Kompromißvorschlag ergab sich eine kleine Mehrheit von rund 300 Stimmen gegen die Annahme. Das erreichte Kompromiß sah eine sofortige Lohnberatung von 7 Schill. bei den Handlchern und den Druckern sowie eine solche von 5 Schill. bei den Maschinenlechtern vor. Was nun werden wird, nachdem zum Erkennen der Verhandlung das Kompromiß von der Gehilfenschaft ausgeschrieben worden ist, steht noch nicht fest. Die Tagespresse nimmt zur Frage einer Lohnberatung noch eine reservierte Haltung ein, und man erwartet auf Gehilfenseite anderweitige Vorschläge der Prinzipale.

Was die allgemeine Lage in der Provinz und in Schottland anbetrifft, so ist sie weder besser noch schlechter geworden. Die Arbeitslosigkeit bleibt noch immer die vorrangigste Sache. Die Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe ist noch immer sehr groß, besonders in der Hauptstadt Glasgow, wo während des Monats August 1100 Buchdrucker ohne Arbeit waren. In Buchdruckerkreisen sieht man dem kommenden Winter mit Besorgnis entgegen. Die finanzielle Lage der Provinzorganisation, der Typographical Association, ist gar nicht zufriedenstellend zu nennen. Selbst vor dem letzten Streik war dies schon der Fall. Das vom Verbandsvorstand verfolgte Ziel ist auf eine Vermögensammlung von 6 Pfd. Sterl. pro Mitglied gerichtet bzw. auf ein Kapital von rund 140000 Pfd. Sterl. Dieses Ziel ist nur durch Opferwilligkeit und Disziplin der Mitglieder erreichbar. Dazu muß aber bemerkt werden, daß in weiten Mitgliederkreisen kein richtiges Verständnis besteht für Beitragsverpflichtungen.

Aus dem englischen Setzungsgerwerb ist zu berichten, daß die Tageszeitung „Newcastle Chronicle“ für die Mitglieder der Provinzorganisation zukünftig verschlossen ist. Der letzte Lohnkampf wurde hier mit großer Bitterkeit ausgefochten, und die Folge davon ist, daß die Druckerei in Zukunft als „non-union“-Druckerei für organisierte Arbeiter geschlossen bleibt. Ob es den Bemühungen der Provinzorganisation gelingen wird, den Betrieb wieder zurückzugewinnen, läßt sich noch nicht sagen.

### □ □ □ Korrespondenzen □ □ □

**Dresden.** Mit dem neuen Lohnabkommen beschäftigte sich am 13. Oktober eine Mitgliederversammlung. Kollege Freitag meinte einleitend, nach den Äußerungen aus Prinzipalstrellen und der „Zeitschrift“ sei zu erwarten gewesen, daß die diesmaligen Lohnverhandlungen zu keinem Resultat führen würden. Im Spruche des Schiedsgerichts sei das Wesentlichste und Schlimmste, daß das Abkommen vier Wochen dauern solle. Man habe eben auf die „Not im Gewerbe“ Rücksicht genommen. Vor sei es zuzuschreiben, daß die Buchdrucker wesentlich niedrigere Löhne hätten als andre Berufe. Von den Kollegen Kannemann und Gnosson ging ein Antrag ein, der öffentliches Vorgehen forderte. In der Begründung wurde die verzweifelte Lage der Buchdruckerfamilien geschildert und betont, daß es gleichgültig sei, in welcher Form wir verhungerten, ob mit oder ohne Arbeit. Der heutige Lohn reiche auch nicht für die allernotwendigsten Lebensmittel. Die weitere Preissteigerung ließe außer

allem Zweifel, deshalb sei ein vierwöchiges Abkommen mit der geringen zweiten Rate unmöglich aufrechtzuerhalten. Nach weiteren Ausführungen der Kollegen Spallholz, Wendische und Freitag wurde der Antrag auf öffentliches Vorgehen abgelehnt. Aber den Stand der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit konnte über die Belassung des Konflikt bei Kömmler & Jonas gab Kollege Freitag kurz Bericht.

**Öera.** Ihre letzte Versammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Ergebnisse des Tarifsausschusses vom 6. Oktober. Da das Ergebnis den Kollegen schon bekannt war, konnte sich Vorsitzender Feutell kurz fassen. In der anschließenden Debatte wählten sich alle Redner dagegen, weil ein Prinzipalvertreter im Tarifsausschusse gesagt hat, die heutige Prinzipalität hätte die Sonderzulage nur bewilligt unter dem Druck der Straße. In den Verhandlungen ließen die Prinzipale erklären, daß der Tarifsausschub so wenig bewillige, liegt nur an den Gehilfenvertretern. Die Prinzipale würden sich nicht weigern, höhere Löhne zu zahlen, wenn solche beschlossen würden. Auch wurde verurteilt, daß das Lohnabkommen aus vier Wochen abgeschlossen worden ist, in einer Zeit, wo alles gewaltig im Steigen begriffen ist. In einer Entschliessung, die einstimmig Annahme fand, kam zum Ausdruck, daß die heutige Versammlung den Schiedsgerichtlichen Verhandlungen antritt, verurteilt aber den Abschluß auf die Dauer von vier Wochen. Die Gehilfenschaft hält um so mehr an der Zulassung der hiesigen Prinzipalität (jedergelt zu Verhandlungen bereit zu sein) fest, wenn eine weitere Verschlechterung der Lebenshaltung innerhalb des Lohnabkommens eintritt. Weiter wurde beschlossen, am 28. Oktober eine Versammlung stattfinden zu lassen für alle im graphischen Gewerbe Beschäftigten, in der ein Referat und ein Korreferat über den Industrieverband erstattet wird. Infolge Erhöhung des Kartellbeitrags und sonstiger Ausgaben wurde der Ortsvereinsbeitrag auf 6 M. erhöht.

**Mainz.** (Drucker — Halbjahrsbericht.) Im zweiten Quartal fanden Versammlungen am 22. April und 27. Mai statt. In der Aprilversammlung wurde nach der Annahme mehrerer neuausgeleiteter Kollegen die Antragstellung zur Kreisvorstandskonferenz in Leipzig vorgenommen. Der Vorsitzende sprach sodann über „Büreau-Druckmaschinen und Verteilungsapparate“, die in verstärktem Maße dem Gewerbe Arbeit entziehen und in ihrer weiteren Entwicklung ernste Bedrohung der Organisation verdienen. — Die Versammlung am 27. Mai erledigte zunächst einige Vorarbeiten für die Feier des 25jährigen Jubiläums und hörte dann einen Vortrag über die Kraftartikulation Marzio, dem am folgenden Tag in der Gewerkschaft eine praktische Vorführung des Verfahrens durch einen Vertreter der Firma M. S. Sutter (Söld) folgte. Der Firma sei auch an dieser Stelle für das Entgegenkommen bestens gedankt. — Die Feier des 25jährigen Jubiläums wurde am 18. und 25. Juni begangen, wofür ein besonderer Bericht im „Storr.“ erschienen ist. — Den wichtigsten Punkt der Versammlung vom 9. Juli bildete der Bericht des Kreisvorstandes Sickinge r (Mannheim) über die Konferenz in Leipzig. In längerer Aussprache behandelte die Versammlung ihr Einverständnis mit den dort gefassten Beschlüssen. — Unter Berücksichtigung der Beschlüsse der Konferenz in finanzieller Hinsicht beschloß die Versammlung vom 26. August einstimmig, den wöchentlichen Beitrag ab 1. September auf 2 M. zu erhöhen. Die Rundschreiben Nr. 1 und 2 der Zentralkommission fanden eingehende Besprechung. Die Anregungen der Zentralkommission betreffend Vorfassung fanden nicht in allen Teilen die Zustimmung der Versammlung. Das ganze Streben müsse auf eine Erhöhung der Löhne entsprechend den wirtschaftlichen Notwendigkeiten gerichtet sein. — In Gemeinlichkeit mit dem Gesangsquartett „Ostenberg“ und einer Mandolinengesellschaft fand am 28. August ein schön verlauterter Familienausflug nach dem „Königsborn“ statt. — Um eine bessere Teilnahme der Kollegen in den Bezirksrudervereinen an den Bestrebungen der Sparte zu ermöglichen, wurde am 17. September eine Versammlung in Bingen veranstaltet, die gut besucht war und an der vom Vorstand und der Technischen Kommission die Kollegen Baumgärtner und Kreiner teilnahmen. Ersterer sprach über die wichtigsten unsre Sparte berührenden Fragen, letzterer hielt einen Vortrag über Anlageapparate. Anschließend an die Versammlung fand eine Besichtigung der Sausdrucker der Firma Gräßl statt. Der Firma sei auch an dieser Stelle Dank gesagt. — In der Versammlung vom 23. September sprach Vorsitzender Aioes nach Erledigung des „Geschäftlichen“ über organisatorische und finanzielle Angelegenheiten und erwähnte u. a. die Aussprache in der Verbandsgeneralversammlung über die Dfistfrage, die wesentlichen Druckerbestimmungen des neuen Österreichischen Tarils und die aus der rückfälligen Konjunkturen im Gewerbe sich ergebenden Notwendigkeiten. Eine Besprechung neuer Klebe-Druckpressen (Duckautomaten) Trefsch und Reform) sowie eine Aussprache über Beibringstragen bildete den Schluß der Versammlung.

**Münster i. Westf.** Ihre Versammlung am 15. Oktober hätte einen beseren Besuch erwarten dürfen. Vor Eintritt in die Beratungen erörte die Versammlung das Andenken eines verstorbenen Kollegen. Als Hauptpunkte der Tagesordnung galten die Verärterstellung vom Sonntag und über das neue Lohnabkommen. Kollege Z. Meister gab in leicht verständlicher Weise einen kurzen Bericht von den Verhandlungen des Gauslags und über unser neues Lohnabkommen. Es wurde allerorts festgesetzt und von allen Diskussionen hervorgehoben, daß zwar ein guter Fortschritt gemacht worden sei, daß aber die Zulagen für die ganz rapid steigenden Lebensbedürfnisse

nisse immer noch nicht reichen, das Notdürftigste zu beschaffen. Andererseits aber wurde unsern Vertretern vollste Anerkennung und Dank der Versammlung ausgesprochen. Von der Abhaltung unserer üblichen Weihnachtsfeier wird in diesem Jahr aus wirtschaftlichen Gründen Abstand genommen. Ferner wurde beschließen, vom 1. November ab wöchentlich eine Erlosterer von 5 M. zu erheben, um unsern arbeitslosen Kollegen zu Weihnachten eine kleine Unterstützung auszusuchen zu können. Einige interne Angelegenheiten bildeten den Schluß der Tagesordnung. Nachdem fand die Erhebung des Kollegen Louis Misch anlässlich seines 50jährigen Verbandsjubiläums statt, wozu der Verbandsvorstand ein Diplom gefandt hatte und auch der Gau Berlin, wo der Kollege 40 Jahre seines Lebens gewirkt hatte, ein Geschenk überreichen ließ. Leider war es dem Sublar nicht mehr vergönnt, an der Stelle seines Wirkens dieses schöne Fest zu begehen, da ihn ein schweres Augenleiden zur fast völligen Erblindung gebracht hat. Der Gesangsverein „Sypographia“ erbot den Sublar durch einige recht treffend gewählte und stimmungsfull vorgelegene Lieder. Nachdem man noch längere Zeit in der kollektiven Weise zusammen verlebte hatte, wurde die Veranstaltung geschlossen.

Den Alten zur Ehr	<b>Jubiläumstafel</b>	Den Jungen zur Lehr
Seher Emil Länger, Invalide seit 1. Januar 1915; 20. Oktober: 50jähriges Verbandsjubiläum. Wohn- haft: Berlin, Campaunerstraße 14.		
Maschinenleher Max Bällhoff, nob. in Berlin; 30. Oktober: 50jähriges Verbandsjubiläum. Seblage Kondillon: „Vorwärts“ - Buchdruckerei, Paul Singer & Co., Berlin.		

### □ □ □ Rundschau □ □ □

Zur Abwehr des Schwindels von den hohen Buchdruckerkreisen. In den „Neuesten Nachrichten“ für den Kreis Luchau, die in Kirchhain (M.-L.) gedruckt und von der Nationalen Vereinigung herausgegeben werden, war ein Artikel mit der Überschrift „Ein neues Feuerungs-signal“ erschienen, der sich mit den „hohen“ Lohnforderungen der Buchdruckergehilfenschaft wohl beschäftigt und daran die Schlussfolgerung geknüpft haben mag, daß dadurch alles andre im Preise höhergetrieben wurde. Aus liegt nun selber etwas spät eine Nummer der betreffenden „Nachrichten“ vor, in der in einem „Eingelands“ Kollege Karl Jole in sehr drastischer Weise darauf geantwortet hat. Diese Methode der Abwehr sei der Kollegenschaft zur Anwendung allenfalls empfohlen. Der Schwindel wird dadurch in denselben Kreisen richtiggestellt, in denen er verbreitet wurde.

**Meisterprüfung.** Vor der Handwerkskammer Halle a. d. S. bestand der Kollege Korrektor Friß Rohberg aus Halle a. d. S. die Meisterprüfung.

Das bayerische Schreckensurteil im Fehrenbach-Prozess. Ein unerhörtes Justizverbrechen wurde an den drei Journalisten Fehrenbach, Gargas und Lembke verübt. Sie wurden infolge ihrer Volksaufklärungsstätigkeit als Journalisten wegen „Landesverrat“ angeklagt, vor das reaktionäre Forum des Münchner Volksgerichts zitiert und zu 11, 12 bzw. 10 Jahren Zuchthaus verurteilt sowie jedem die bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre aberkannt. Die demalige bayerische Regierung Eisner hätte die Veröffentlichung aller diplomatischen Schriftstücke freigegeben, gerade so wie später die Reichsregierung. Fehrenbach als Eisners Sekretär hat dies in einem Falle, um Deutschland damit zu retten, nicht zu schädigen, wie geltend gemacht wird. Im gleichen Sinne haben Gargas und Lembke gehandelt und über bayerische Geheimorganisationen und über Waffenlager berichtet. Für überzeugte und maßvolle Berufsstätigkeit wird man also in Bayern bestraft. Das arbeitende deutsche Volk kann das Urteil nicht ruhig hinnehmen. Es ist eine Herausforderung sondergleichen, die uns noch den letzten Streik im Auslande raubt. Auch das Parlament, namentlich der Auswärtige Ausschub des Reichstags muß sich damit beschäftigen, was zum Schutze der Reichsinteressen gegen die reaktionäre Justiz in Bayern notwendig ist.

**Statistisches von der deutschen Presse.** Im Anschluß an unsre Notiz „Eingehen und Einschränken von Zeitungen“ in Nr. 123 teilen wir mit, daß nach einer auf Grund der Postzustellungsliste gemachten und ergänzten Aufstellung das deutsche Reichsgebiet bis Ende September 1922: 3390 Zeitungen aufwies, die sich nach ihrer politischen Richtung und nach Anzahl geordnet wie folgt gruppieren: 1884 parteilose, 402 deutschlandlose, 318 katholische (Zentrum), 285 deutsch-volksparteiliche, 275 demokratische und 226 Arbeiterblätter. An diesen Zahlen hat sich inzwischen durch Verlesung und Eingehen von Zeitungen infolge des wirtschaftlichen Niederganges, insbesondere der hohen Papierpreise, sehr viel geändert. Was alles noch folgen kann, wenn die Gewalten kein Einsehen haben, das ist nicht abzusehen.

Die Verleger zur Eschierung der Buchpreise. In Leipzig fanden Beratungen innerhalb der Spitzenorganisationen des deutschen Buchhandels, des Börsenvereins deutscher Buchhändler und des deutschen Verlegervereins über die Notlage des deutschen Buchverlags statt. Man nahm dabei den Standpunkt ein: Das deutsche Buch sei die Grundlage des geistigen Wiederaufbaues des deut-

